muslimischen Klerus durch die Al-Azhar-Universität wird auf die Dauer kaum zu vermeiden sein.
Die vorerst nur geplante Universität von Medina hat allerdings nichts, was dem Ruhm der Al-Azhar-Universität vergleichbar wäre. Nur der Ort Medina, von dem der Siegeszug des Islam ausging, und die relative Nähe des größten muslimischen Heiligtums, Mekkas, könnten dieser Universität zugute kommen, und eben der Umstand, daß einige muslimische Staaten vielleicht den Besuch dieser Universität fördern werden. Bis es soweit ist, werden allerdings noch Jahre vergehen, und es ist durchaus fraglich, ob zu dieser Universität auch nur der Grundstein gelegt werden wird.

Aus der totalitären Welt

Der VI. Pädagogische Kongreß der „DDR"

Vom 3. bis 5. Juni 1961 tagte in der Ost-Berliner Dynamo-Sporthalle der VI. Pädagogische Kongreß der Sowjetzone, an dem etwa 1000 Delegierte und Gäste teilnahmen. Dieser Kongreß stand unter dem Motto: „Für die Verbesserung des Lernens und der sozialistischen Erziehung an den Oberschulen." Die beiden Referate hielten Volksbildungsminister Prof. Dr. Alfred Lemnitz und der Erste Sekretär des Zentralrats der FDJ, Horst Schumann. Auf einem Empfang des Zentralkomitees der SED, des Staatsrates sowie des Ministerrates der „DDR" für die Pädagogen trat auch Walter Ulbricht auf.
Die Aufgabe des Pädagogischen Kongresses bestand darin, nach Verkündung des neuen Schulgesetzes vom Jahre 1959 (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 424 ff.) erstmals eine Art öffentlicher Bilanz über das sozialistische Schulwesen zu ziehen und auf breiterer Grundlage Maßnahmen zu erörtern, die dem Ausbau der sozialistischen Schule dienen sollten.
Dem Kongreß ging eine vorbereitende öffentliche Diskussion voraus. In der SED-Parteipresse und in der „Deutschen Lehrerzeitung" wurde bereits vorher eine Diskussionsgrundlage abgedruckt, die mit „Lernen und die Welt verändern" betitelt war („Neues Deutschland", 16. 3. 61). Während der Vorbereitungskampagne spielte auch ein angeblicher Brief einer Oberschülerin Karin an ihren Lehrer eine bedeutende Rolle, der unter dem Titel „Ihr Unterricht war die Theorie, was ich erlebte die Praxis", veröffentlicht am 22. Februar 1961 im „Neuen Deutschland", zur Diskussion gestellt wurde.
Die vorbereitende Diskussionskampagne und der Kongreß selbst gaben manche interessanten Aufschlüsse über das Gesicht der sozialistischen Schule in der SBZ, über ihre Schwächen sowie auch über die ihr in nächster Zeit gestellten Aufgaben.

Mängel und Korrekturen

In den vergangenen Jahren hatten die kommunistischen Schulbehörden ihre Anstrengungen auf die Einführung des polytechnischen Unterrichts und den Aufbau einer zehnklassigen Grundschule konzentriert. Jetzt mußte man sich eingestehen, daß man in wichtigen Punkten versagt hat. In der Diskussionsgrundlage hieß es:

„In einer großen Anzahl unserer Schulen gibt es ernsthafte Mängel in der pädagogischen Arbeit. Die Schwächen zeigen sich besonders darin, daß
1. dem intensiven Lernen nicht immer die genügende Aufmerksamkeit geschenkt und
2. die sozialistische Erziehung vernachlässigt wird.
Viele Schüler verfügen noch nicht über genügend exakte und sichere Kenntnisse, und das selbständige Denken wird zuwenig gefördert.
Im Fachunterricht gibt es an vielen Schulen ernste Mängel. Im mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht wird trotz aller Fortschritte das Grundwissen zuwenig gefestigt. Im Deutschunterricht sind die Leistungen im mündlichen und schriftlichen Ausdruck sowie in der Rechtschreibung vielfach unzureichend. In den Fremdsprachen, besonders im Russischunterricht, werden Sprechfertigkeit und korrekte Aussprache unzureichend entwickelt. Im Geschichts- und Staatsbürgerkundeunterricht werden nicht genügend exakte Kenntnisse vermittelt und die Schüler ungenügend zu Einsichten und Erkenntnissen geführt. Die musische Bildung durchdringt noch nicht alle Bereiche des schulischen Lebens. Bei einem nicht geringen Teil der Schüler der oberen Klassen gibt es ideologische Konflikte, die im Unterricht nicht geklärt werden. In der Unterstufe werden die Schüler vielfach, besonders in den 3. und 4. Klassen, nicht zielstrebig auf den Fachunterricht vorbereitet. Lesen, Schreiben und Rechnen werden nicht an allen Schulen genügend geübt. Die körperliche Erziehung der Schüler weist ernste Mängel auf . . ."

Bei verschiedenen kommunistischen Lehrern herrschte die Auffassung vor, man müsse in erster Linie die Kinder zu einem politisch-bewußten Verhalten erziehen und dabei auch lesen, schreiben, rechnen. Diese offen ausgesprochenen Mängel kommen vorwiegend daher, daß man in den letzten Jahren weit stärker als früher versucht hat, den Unterricht in allen Fächern politisch-weltanschaulich zu durchdringen. Durch verstärkten politisch-weltanschaulichen Druck hat man zahlreiche gute Fachlehrer zur Flucht bzw. aus den Schulen gedrängt. Vielerorts führte die Einführung des neuen Schulgesetzes zu einem Absinken des Niveaus.

Die kommunistische Führung braucht aber zur Verwirklichung ihrer wirtschaftlichen Ziele Menschen mit einer relativ guten Schulbildung vor allem in den naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen. Aus den Lehrbetrieben und von den Universitäten kamen jedoch in letzter Zeit häufig Klagen über die mangelhafte Ausbildung in den Schulen.

Sowohl Prof. Dr. Lemnitz als auch der ZK-Sekretär Kurt Hager forderten, daß die sozialistische Schule eine Stätte intensiven Lernens werden müsse. Auch Walter Ulbricht bemerkte auf dem Empfang:

„Ein entscheidendes Problem ist, wie unsere pädagogische Arbeit so entwickelt werden kann, daß den Schülern hohe wissenschaftliche und fachliche Kenntnisse vermittelt werden, die sie befähigen, auch noch im Jahre 2000 ihren Mann im Leben zu stehen. Besonders wichtig sind — das kann man gar nicht genug unterstreichen — Mathematik und die naturwissenschaftlichen Fächer. Insgesamt muß unsere sozialistische Schule eine Stätte fleißigen und intensiven Lernens sein, und zwar von der ersten Klasse an."

Zum Teil wurden in den Referaten und Diskussionsbeiträgen pädagogische Binsenwahrheiten lautstark verkündet, womit man offensichtlich gegen verschiedene Experimente Stellung nahm. Zum Beispiel wurde festgestellt:

„In vielen Schulen unterstützen sich die Schüler gegenseitig beim Lernen. Das ist wertvoll. Entscheidend ist aber das individuelle Lernen, das selbständige Anfertigen der Hausaufgaben, das eigene Durchdenken von Problemen, das selbständige Aneignen von Vokabeln, das Einprägen und Wiederholen wichtiger Lehrsätze . . ."
„Das wichtigste Mittel der sozialistischen Bildung und Erziehung ist der vom Lehrer geleitete und organisierte, mit dem Leben verbundene Unterricht. Die Hauptform des Unterrichts in der sozialistischen Schule ist die Unterrichtsstunde im Klassenverband."

„Die Brigaden aber in den Unterricht einzubeziehen und den Schülern als Brigadeleiter Aufgaben zu übertragen, die nur der Lehrer erfüllen kann, ist pädagogisch falsch."

Jetzt werden auch mit entsprechender Begründung die bis dahin weitverbreiteten Lernwettbewerbe verurteilt, weil diese zur Jagd nach Pluspunkten und guten Zensuren führten, die schöpferische Tätigkeit des Lehrers einschränkten und meist zu oberflächlichem Lernen anreizten.

Schule und Ideologie

Doch besagen solche Umstellungen nicht, daß die SED-Pädagogen wieder zu alten bewährten pädagogischen Grundsätzen zurückkehren. Zwar werden sie im Interesse der politischen und wirtschaftlichen Ziele des Kommunismus bestrebt sein, tüchtige, d. h. qualifizierte Menschen auszubilden; gleichzeitig müssen sie jedoch alles daran setzen, den „sozialistischen Menschen" zu schaffen. Mit anderen Worten: sie können und dürfen auf eine intensive kommunistische Erziehung auch in Zukunft nicht verzichten. Deshalb bemühen sich die SED-Pädagogen um eine Intensivierung und Verbesserung der sozialistischen Erziehung.

Relativ umfassend formulierte Ulbricht in seiner Ansprache an die Pädagogen diese Aufgabe:

„Die sozialistische Schule hat die Aufgabe, eine junge Generation zu erziehen und heranzubilden, die fähig ist, eine höhere Arbeitsproduktivität als im Kapitalismus zu erreichen, die großen Probleme des wissenschaftlich-technischen und kulturellen Fortschritts zu meistern, um dem ganzen Volk ein schönes und glückliches Leben schaffen und sichern zu können. Auf diese Weise wird die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus durch die Praxis bewiesen. In der sozialistischen Schule werden die Jugendlichen zu Menschen erzogen, die von humanistischen Ideen erfüllt sind, den Sozialismus und ihr sozialistisches Vaterland leidenschaftlich lieben, die Fähigkeit zu wahrer Freundschaft zu ihren Mitmenschen besitzen, mutig gegen Imperialismus und Faschismus kämpfen und zugleich von tiefer Freundschaft zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten und ihren Völkern erfüllt sind."

Die Ergebnisse der bisherigen politischen Erziehung der Schuljugend entsprechen jedoch nicht den Erwartungen der SED-Führung, wie dies schon in dem Beschluß des Politbüros zur Jugendfrage vom Februar 1961 erkennbar wurde (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 366 ff.).

Vor und während des VI. Pädagogischen Kongresses wurde festgestellt, daß bei einem großen Teil der Schüler der oberen Klassen ideologische Unklarheiten vorhanden sind, die im Unterricht nicht geklärt werden, und daß es vielfach große Widersprüche zwischen dem in der Schule gezeichneten Idealbild des Sozialismus und der von den Schülern erlebten andersartigen Wirklichkeit gibt. Pädagogen berichteten, daß sie „richtig und erschöpfend die großen Perspektiven des Sozialismus im Weltmaßstab" aufgezeigt hätten, die Schüler wollten von ihnen jedoch Tagesfragen beantwortet haben, wie z. B. „Warum gibt es immer noch, trotz jahrelanger Kritik, kein genügend differenziertes Größensortiment von Textilien und Oberbekleidung?", Fragen, auf die sie keine überzeugende Antwort geben konnten. Die nicht überbrückbare Kluft zwischen sozialistischer Theorie und der ernüchternden Praxis untergräbt zwangsläufig die Autorität des Lehrers „in der lebensnahen sozialistischen Schule" und das Vertrauen der Schüler zu ihm. Zahlreiche Kinder halten den Lehrer für einen Parteiagitator. Sie zweifeln an der Wahrhaftigkeit seiner Aussage bzw. an seiner eigenen Überzeugung.

Unzweifelhaft ist dies eines der ernstesten Probleme der sozialistischen Schule. Die Kommunisten suchen nach einer Vertrauensbasis, doch können sie diese niemals im erwünschten Maße herstellen, ohne ihre Prinzipien preiszugeben. Zwar wird jetzt gefordert, den Sozialismus nicht zu idealisieren und nicht zu verschweigen, daß Sozialismus Opfer, Kampf, Konflikte und auch Widersprüche bedeutet. Doch nach wie vor soll die strenge kommunistische Parteilichkeit, das heißt die Betrachtung der Welt durch die Parteibrille, oberstes Gebot für Lehrer und Schüler sein.

Enttäuschung und Vertrauensschwund

Ein Schüler erfährt täglich, daß es im totalitären kommunistischen Staat unzweckmäßig und unvorteilhaft ist, ehrlich seine Meinung zu sagen, er lernt, sich klug anzupassen. Die Schülerin einer 10. Klasse bekannte in einer sog. freimütigen Aussprache: „Staatsbürgerkunde? — Kein Problem! Ich weiß schon, was Herr S. da hören will. Die ‚Eins' ist mir sicher" („Neues Deutschland", 10. 3. 61).

In dem schon erwähnten angeblichen Brief der Oberschülerin Karin heißt es: „Ich habe es satt, immer diese Komödie mitzuspielen. Ich rede in der Schule anders als zu Hause und bei der mir befreundeten Familie wieder ganz anders . . . Sehen Sie, Herr W., Ihr Geschichtsunterricht ist Theorie, was ich schreibe, die Praxis."

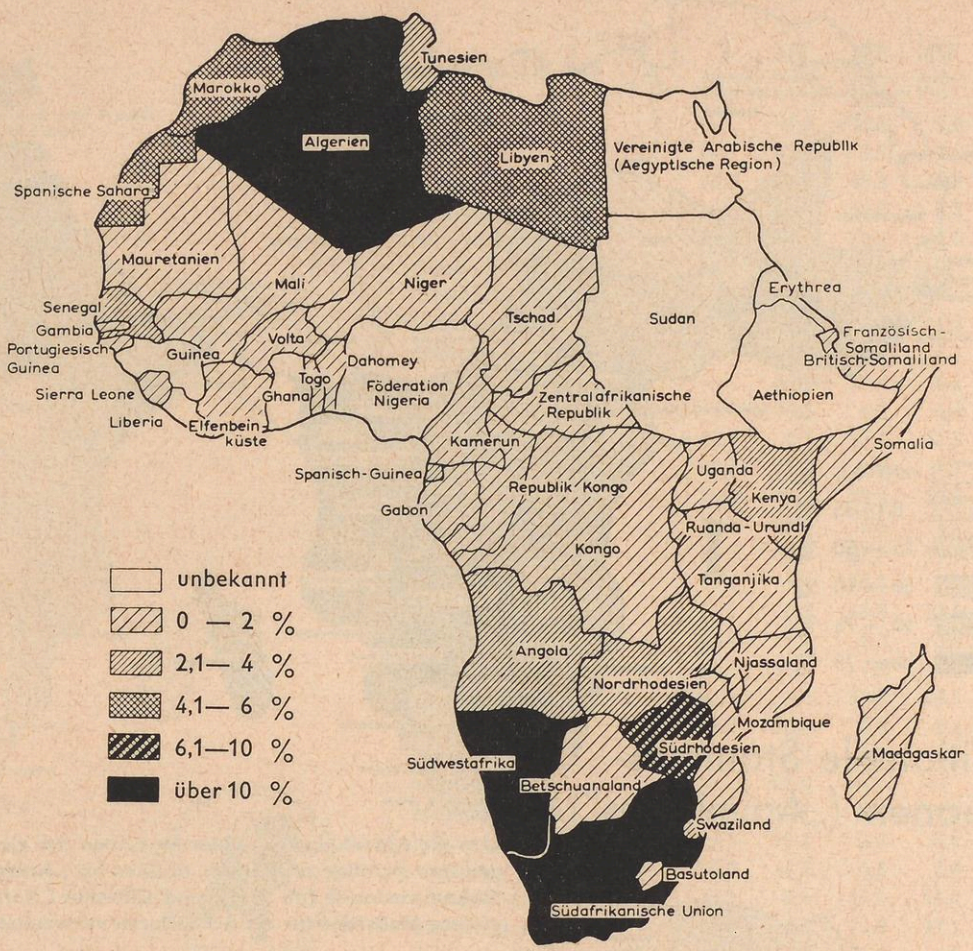
Zum polytechnischen Unterricht gehört der Schultag in der Fabrik und Genossenschaft. Dieser Tag trägt wohl dazu bei, daß die Schüler von den Arbeitern und Bauern manches fachlich lernen, doch sie erleben die „Arbeiterklasse" im Betrieb meist ganz anders, als sie es in der Schule lernen. Sie treffen Arbeiter, die fachlich tüchtig sind, aber politisch sich nicht scheuen, eigene Ideen zu vertreten, die nicht typisch für den schulmäßig gelernten „Klassenstandpunkt" sind. Mitunter erfahren sie von „Aktivisten", daß deren Motiv für vorbildliche Leistungen nicht hohe Ideale des Sozialismus sind, sondern die Formel „Hauptsache, unser Geld stimmt". Sie spüren auch, daß die Parteimitglieder im Betrieb vielfach nicht das Vertrauen ihrer Kollegen genießen, daß die Partei oft mehr gefürchtet als geachtet ist. Mitunter erleben die Schüler sogar Formen passiven Widerstandes gegen die Partei. Schon häufig wurden Schüler durch solche Eindrücke in schwere Konflikte gebracht und ernüchtert, so daß sie gegenüber allen Lobpreisungen des Sozialismus und der Partei skeptisch waren.

Um derartige Ernüchterungen zu vermeiden, wurde vor und während des Kongresses vielfach gefordert, bereits in der Schule die Wirklichkeit besser zu beachten, die jungen Menschen auf Enttäuschungen vorzubereiten, denn andernfalls wäre es unausbleiblich, „daß die Schüler, sobald sie in den Betrieb kommen, erst einmal eine kalte Dusche, einen regelrechten Schock erhalten", wie der Vorsitzende der Betriebsgewerkschaftsleitung des RAW Berlin-Schöneweide sagte.

Heuchelei

Da die Jugendlichen meist auf Grund der gegebenen Umstände kein wirkliches Vertrauen zu ihren Lehrern haben, äußern sie sich über ihre Ansichten, Eindrücke und Zweifel nicht offen. Sie sprechen nur unter sich bzw. behalten sie ganz für sich und treten im Unterricht als arrogante Heuchler auf, die instinktiv fühlen, wie sie antworten

Die nichtautochthone Bevölkerung in Afrika

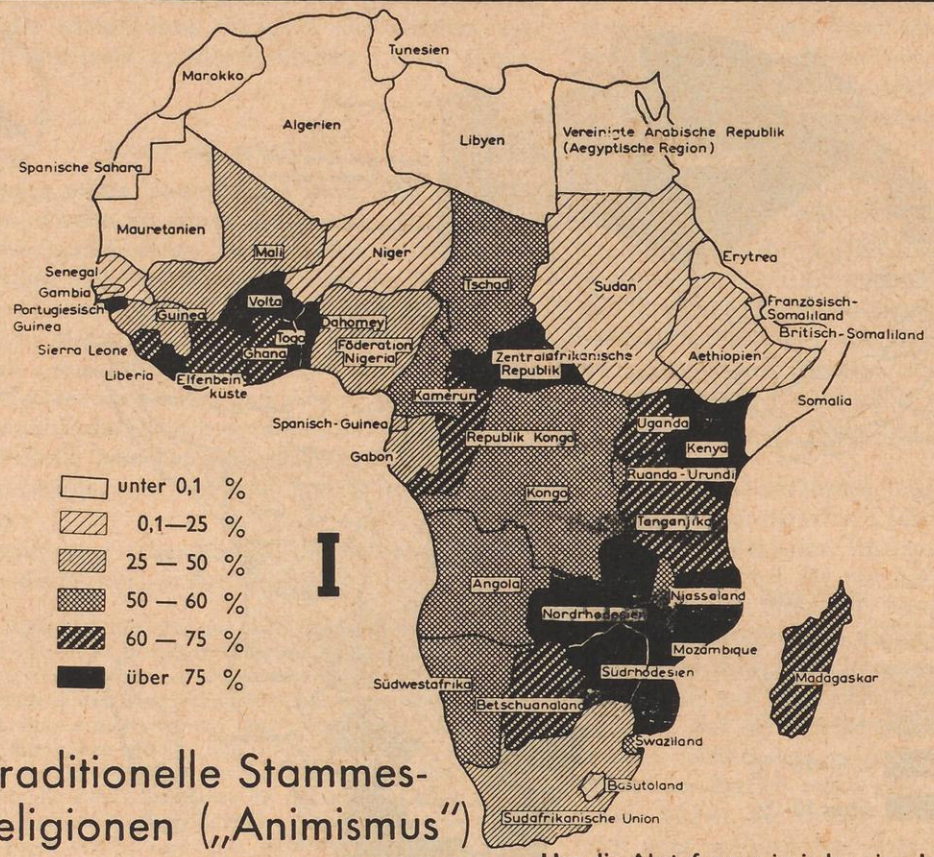


Südafrikanische Union	**23,9** %
Südwestafrika	**11,1** %
Algerien	**10,9** %
Südrhodesien	**7,7** %
Marokko, Spanisch-Sahara	**4,8** %
Libyen	**4,1** %
Kenia	**4,0** %
Angola, Nordrhodesien	**3,3** %
Swaziland	**2,4** %
Tunesien, Senegal	**2,2** %
Spanisch-Guinea	**2,1** %
Madagaskar	**1,5** %
Republik Kongo, Betschuanaland	**1,4** %
Tanganjika, Mozambique	**1,1** %
Uganda, Gabon	**1,0** %
Kongo	**0,8** %
Njassaland	**0,7** %
Elfenbeinküste, Basutoland	**0,5** %
Kamerun, Zentralafrikanische Republik, Portugiesisch-Guinea	**0,4** %
Somalia, Ruanda-Urundi, Mauretanien, Gambia	**0,3** %
Mali, Sierra Leone, Dahomey, Tschad	**0,2** %
Togo, Niger, Volta, Französisch-Somalia	**0,1** %
Ägypten, Sudan, Äthiopien, Eritrea, Liberia, Ghana, Nigerien	**?**

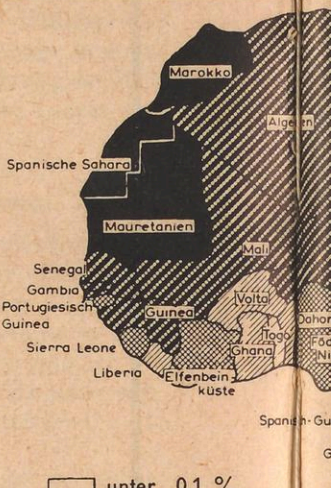
Die nichtautochthone Bevölkerung Afrikas ist — aus Gründen der Kolonisierungsgeschichte und des relativ gemäßigteren Klimas dieser Gebiete — vor allem im Norden und im Süden des Kontinents ansässig. Unter „nichtautochthon" wird hier die Bevölkerung europäischer und südasiatisch-ostasiatischer Herkunft verstanden, dagegen nicht die große Bevölkerungsgruppe der Araber in Nordafrika.

Wenn man von den spanischen Städten Ceuta und Melilla an der marokkanischen Mittelmeerküste (86 % Weiße) absieht, stehen hinsichtlich ihres Anteils an fremdrassischer Bevölkerung die Südafrikanische Union, Südwestafrika und Algerien an erster Stelle. Es sind gerade diese Länder mit einem hohen Anteil Europäer, in denen sich der Prozeß der Entkolonisierung am schwierigsten gestaltet. Die Spannungen nehmen überhand, so daß man um die Zukunft dieser Länder bangen muß.

Die Religione

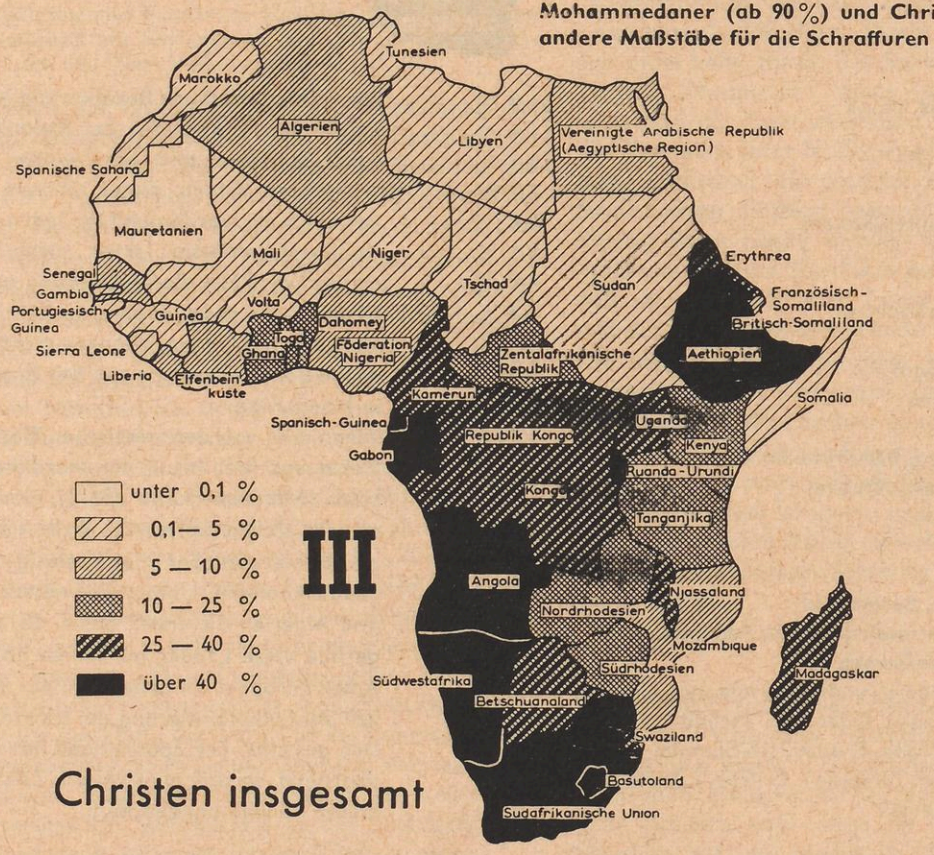


Traditionelle Stammesreligionen („Animismus")

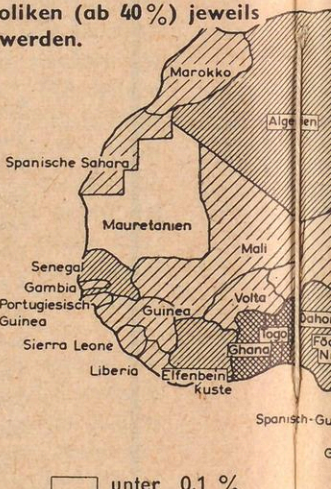


Mohammedan

Um die Abstufungen in jeder einzelnen der vier dargestellten Religionsgruppen sichtbar zu machen, mußten für „Animisten" (schwarz ab 75 %), Mohammedaner (ab 90 %) und Christen / Katholiken (ab 40 %) jeweils andere Maßstäbe für die Schraffuren verwendet werden.

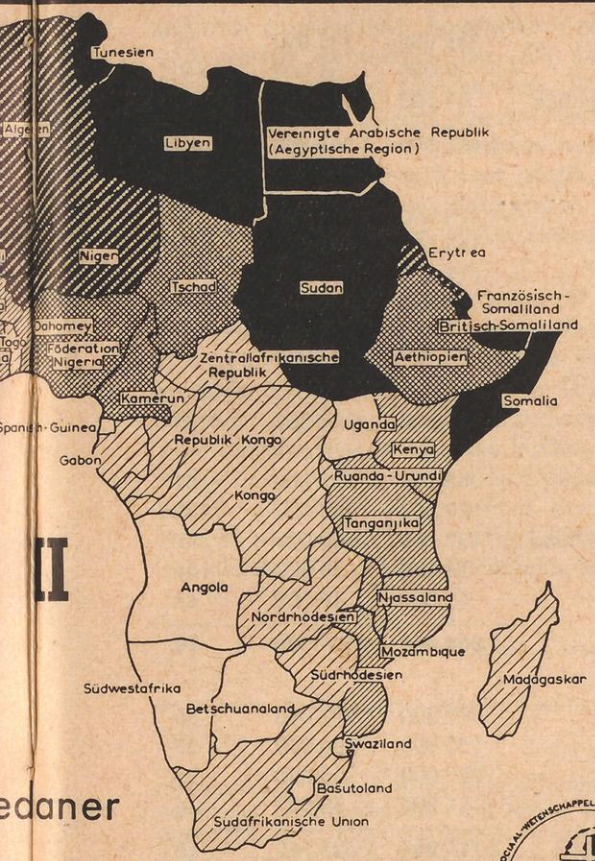


Christen insgesamt



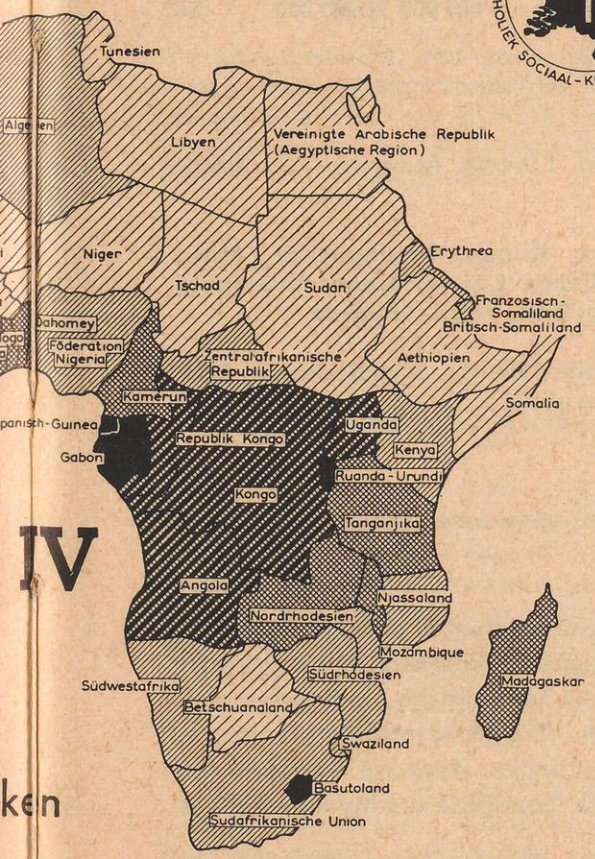
Katholiken

en in Afrika



II

edaner



IV

ken

Anteile in %	I Stammes-religionen	II Moham-medaner	III Christen insgesamt	IV Katho-liken
Ägypten	—	91,6	8,4	0,8
Algerien	—	89,1	9,1	9,1
Angola	50,5	—	49,3	36,2
Äthiopien	8,3	36,4	54,8	0,3
Basutoland	23,4	—	76,6	40,4
Betschuanaland	74,0	—	26,0	0,7
Britisch-Somaliland	—	100,0	—	—
Dahomey	80,0	7,0	13,0	11,2
Elfenbeinküste	74,9	15,2	9,9	7,3
Eritrea	—	66,7	33,3	6,6
Französisch-Somaliland	—	93,6	6,4	6,4
Gabon	42,1	0,5	57,4	42,5
Gambia	19,7	77,4	2,9	1,7
Ghana	70,0	10,5	19,5	10,5
Guinea	39,0	60,0	1,0	1,0
Kamerun	55,5	16,8	27,7	19,8
Kenia	75,3	9,4	15,3	9,6
Kongo	59,1	0,9	40,0	32,4
Liberia	83,8	11,0	5,2	0,8
Libyen	—	95,1	4,6	4,2
Madagaskar	62,1	4,1	33,8	20,3
Mali	39,5	60,0	0,5	0,4
Marokko	—	93,2	4,8	4,8
Mauretanien	—	100,0	—	—
Mozambique	81,3	10,7	8,0	6,2
Niger	24,3	75,3	0,4	0,4
Nigerien	48,8	44,4	6,8	3,8
Njassaland	57,7	8,1	34,2	15,0
Nordrhodesien	75,9	0,3	23,8	17,1
Portugiesisch-Guinea	75,6	19,9	4,5	4,5
Republik Kongo	64,7	0,3	35,0	26,3
Ruanda-Urundi	53,8	0,6	45,6	41,9
Senegal	24,5	70,0	5,5	5,5
Sierra Leone	72,6	23,4	4,0	0,7
Somalia	—	99,7	0,3	0,3
Spanisch-Guinea	30,0	—	70,0	70,0
Spanisch-Sahara	—	95,3	4,7	4,7
Südafrikanische Union	32,6	1,0	61,7	5,2
Sudan	2,8	92,9	4,3	2,2
Südrhodesien	87,0	0,1	12,9	6,6
Südwestafrika	52,3	—	43,0	9,9
Swaziland	58,4	—	39,8	7,3
Tanganjika	70,7	12,5	16,8	13,0
Togo	76,7	4,8	18,5	15,1
Tschad	53,9	44,0	2,1	1,6
Tunesien	—	96,0	1,8	1,8
Uganda	60,8	—	38,7	25,5
Volta	82,0	15,0	3,0	2,9
Zentralafrik. Republik	84,3	3,1	12,6	9,6

Die Schaubilder machen deutlich, daß Afrika in zwei Hälften, eine mohammedanische und eine traditionell-heidnische, auseinanderfällt; gegenüber dem Christentum sind dabei nur die traditionellen Stammesreligionen (fälschlich „Animismus") im Rückgang begriffen. Mit Ausnahme der großen nichtkatholischen Gruppen in Äthiopien (Kopten) und Südafrika (Anglikaner und Protestanten) sind es wesentlich die Katholiken, die die Stärke des christlichen Bevölkerungsanteils bestimmen.

Wachstum der Katholiken in den Missionen Afrikas 1949-59

	Absolute Zahl 1949	1959	Wachstum %
Äthiopien	25 000	27 000	11
Libyen	54 000	41 000	— 23
Marokko	425 000	421 000	— 1
Somalia	5 800	8 000	38
Spanisch-Sahara	12 700	74 000	490
Sudan	88 000	249 000	220
Nordafrika	**600 000**	**821 000**	**37**
Dahomey	112 000	238 000	111
Elfenbeinküste	124 000	236 000	90
Gambia	2 600	4 700	81
Ghana	293 000	563 000	92
Guinea	19 000	25 000	30
Liberia	8 800	12 800	45
Mali	11 000	18 700	70
Niger	3 700	10 600	187
Nigerien	656 000	1 676 000	155
Senegal	82 000	146 000	77
Sierra Leone	9 600	19 000	93
Togo	112 000	205 000	83
Volta	59 000	131 000	121
Westafrika	**1 493 000**	**3 286 000**	**120**
Gabon	119 000	185 000	56
Kamerun	478 000	703 000	47
Kongo	2 555 000	4 866 000	90
Republik Kongo	173 000	258 000	49
Ruanda-Urundi	956 000	1 956 000	104
Spanisch-Guinea	123 000	193 000	57
Tschad	1 020	54 000	5240
Zentralafrik. Republik	51 000	126 000	146
Zentralafrika	**4 456 000**	**8 341 000**	**87**
Kenia	325 000	764 000	135
Njassaland	268 000	442 000	65
Tanganjika	711 000	1 332 000	87
Uganda	986 000	1 701 000	73
Ostafrika	**2 289 000**	**4 240 000**	**85**
Basutoland	184 000	274 000	49
Betschuanaland	—	4 600	—
Nordrhodesien	263 000	450 000	71
Südrhodesien	79 000	223 000	181
Südafrikanische Union	482 000	850 000	77
Südwestafrika	28 000	58 000	104
Swaziland	12 000	20 000	67
Südafrika	**1 048 000**	**1 880 000**	**79**
Madagaskar	699 000	1 091 000	56
Mauritius	155 000	200 000	29
Réunion	229 000	303 000	32
Seychellen	31 000	38 000	24
Inseln	**1 114 000**	**1 623 000**	**46**
Afrika insgesamt	**11 000 000**	**20 200 000**	**84**

Rückgang: Libyen, Marokko

Wachstum unter 50 %: Äthiopien, Basutoland, Guinea, Kamerun, Liberia, Mauritius, Republik Kongo, Réunion, Seychellen, Somalia

Wachstum 50—100 %: Elfenbeinküste, Gabon, Gambia, Ghana, Kongo, Madagaskar, Mali, Njassaland, Nordrhodesien, Senegal, Sierra Leone, Spanisch-Guinea, Südafrikanische Union, Swaziland, Tanganjika, Togo, Uganda

Wachstum 100—200 %: Dahomey, Kenia, Niger, Nigerien, Ruanda-Urundi, Südrhodesien, Südwestafrika, Volta, Zentralafrikanische Republik

Wachstum über 200 %: Spanisch-Sahara, Sudan, Tschad

Ohne Angaben für: Algerien, Angola, Eritrea, Mauretanien, Mozambique, Britisch- und Französisch-Somaliland, Tunesien

Das Wachstum der Katholiken in den Jahren 1949 bis 1959 war in den meisten afrikanischen Ländern sehr regelmäßig und bewegte sich zwischen 50 und 200 %. In den mohammedanischen Ländern ist der Zuwachs minimal; infolge des Abzugs von Europäern (Marokko und Libyen, wahrscheinlich auch Tunesien und Ägypten) ist sogar ein Rückgang zu verzeichnen. Die hohe relative Zunahme der Katholiken in Spanisch-Sahara und Tschad darf nicht mißverstanden werden; die Zahl der Katholiken war dort 1949 sehr niedrig, so daß eine geringe absolute Zunahme als hohes relatives Wachstum in Erscheinung tritt.

müssen, um nicht anzuecken. Sie passen sich an. Die Lehrer wissen nicht, was die Schüler denken; das politische Versteckspiel der Schüler wird ihnen mitunter unheimlich. „Hand aufs Herz, liebe Lehrer! Kennen wir Pädagogen denn die Fragen und Konflikte unserer Schüler?" („Neues Deutschland", 15. 3. 61). Der Lehrer erhält oftmals politisch einwandfreie Antworten von Schülern, die er ganz anders eingeschätzt hat. Als der Lehrer einer 8. Klasse einen Aufsatz schreiben ließ „Was wünsche ich mir im neuen Jahr?", wurden von den Schülern nur politische Wünsche geäußert, die weitgehend mit den SED-Parteizielen übereinstimmen. Keiner wagte persönliche Wünsche zu äußern: Reisen, Totogewinn, schöne Erlebnisse usw., denn kein Schüler wollte „kleinbürgerlich", unbewußt" erscheinen.

Alle diese Probleme wurden zwar auf dem Kongreß angeschnitten, doch hüteten sich die Redner, Schlußfolgerungen daraus zu ziehen. Auch sie scheuten sich offensichtlich, anzuecken. Auf den zur Diskussion gestellten Karin-Brief gab es zahlreiche Zuschriften. Die Zulassung einer solchen Diskussion zeigt hinlänglich, wie sehr den kommunistischen Pädagogen das Problem auf den Nägeln brennt. Doch die abgedruckten Beiträge waren kein Beispiel einer wirklich freimütigen Diskussion. Es wurden von den Beteiligten keine Parteitabus berührt.

Die Antwort der Partei

In einem Artikel des „Neuen Deutschland" (2. 6. 61) heißt es:

„Begeisterung wecken heißt nicht Illusionen über das Leben verbreiten, heißt nicht ein Ideal lehren und die Wirklichkeit übersehen, heißt nicht die Jugend fanatisieren. Wer aber der Jugend den Sozialismus lehrt, der muß Worte und Methoden finden, die sich an den Verstand richten, aber auch zu Herzen gehen."

Die Jugend erwartet, ernst genommen zu werden, sich selbst von einer Sache zu überzeugen, sich für sie frei entscheiden zu können, sich selbst ein Leben nach eigenen Wünschen zu gestalten. Die Antwort des „Neuen Deutschland" (5. 3. 61) darauf lautet:

„Wir können der Jugend nicht zur Auswahl stellen, ob sie sich für den Sozialismus oder Kapitalismus entscheiden soll. Das verbietet uns der gesetzmäßige Entwicklungsprozeß der menschlichen Gesellschaft, der unaufhaltsam zum Sozialismus verläuft."

Mit allgemeinen Phrasen, wie „Festigung des Vertrauensverhältnisses zur Partei" oder „bessere Zusammenarbeit von Lehrern, Eltern und kommunistischer Jugendorganisation", wird das Dilemma nicht beseitigt. Eine Entpolitisierung und Entideologisierung der sozialistischen Schule wagt niemand zu fordern. Es ist daher auch gar nicht zu erwarten, daß die Grundmängel der sozialistischen Schule überwunden werden können. Da die Bedingungen nicht grundlegend geändert werden, müssen Zwiedenken, Heuchelei, politisches Versteckspiel auch weiterhin die Waffen der Schüler zur Selbstbehauptung gegenüber dem kommunistischen Regime bleiben.

Welche Rolle die sozialistische Erziehung in der Schule spielen soll, darüber gibt folgendes Zitat Aufschluß:

„Um den Schülern eine wissenschaftliche Weltanschauung zu vermitteln, müssen sie [die Lehrer] in der Schule den Klassenkampf führen gegen Spuren der kapitalistischen Ideologie im Bewußtsein der Schüler. Damit tragen sie die ideologische Auseinandersetzung bis in die Familie. Auf Grund der Intoleranz vieler Eltern gegen den doch so liebenswerten Eifer ihrer Kinder verläuft die Auseinandersetzung leider oft nicht friedlich. Aber ich weiß aus vielen Beispielen, daß Kinder ihre Eltern dahin gebracht haben, daß sie wenigstens nachdenken über Maßnahmen unserer Regierung, die sie vordem in Bausch und Bogen — ohne Argumente — ablehnten" („Neues Deutschland", 1. 3. 61).

Die kommunistische Führung scheint die Möglichkeit der sozialistischen Erziehung der Eltern durch deren Kinder nicht für erfolgversprechend zu halten; denn die Erhebung hat gezeigt, daß viele Kinder ihren Eltern unter den gegebenen Bedingungen mehr Glauben schenken als ihren Lehrern. Das Elternhaus wird deshalb als Hemmschuh für die sozialistische Erziehung der Jugend betrachtet. Daraus erklärt sich auch die Bemerkung vom Volksbildungsminister Lemnitz, daß die Tagesschulen die Schulen der Zukunft seien. Dieser Schultyp soll einer vorbildlichen kommunistischen Erziehung besonders dienen. Die SED-Führung will dadurch die Einflüsse einer Familienerziehung weitgehend ausschalten.

Die Kirche in den Ländern

Die Bedrohung der Kirche in Ungarn

Am 19. Juni 1961 lenkte ein drakonisches Gerichtsurteil die Aufmerksamkeit der Welt wieder einmal auf das in seinem Unglück vergessene Ungarn. Elf Katholiken, acht Priester und drei Laien, wurden wegen staatsfeindlicher Tätigkeit zu Gefängnisstrafen von zweieinhalb bis zu acht Jahren verurteilt. Außerdem gab der Richter bekannt, daß ein weiterer Priester, dessen Verfahren abgetrennt worden war, wegen Hochverrates zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Der Prozeß in Budapest hatte am 7. Juni begonnen.

Die Verurteilten waren angeklagt, ein katholisches Elitejugendkorps organisiert zu haben, das dem Zweck dienen sollte, eine christlich-demokratische Republik vorzubereiten, die zum gegebenen Zeitpunkt mit ausländischer Hilfe ins Leben gerufen werden würde. Das Urteil zeigt aber, daß die Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat nur in einem einzigen Fall durchdringen konnte, und dieser Prozeß fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Den anderen Angeklagten konnte die Staatsanwaltschaft nur zur Last legen, daß sie sich „geistig" gegen den Kommunismus betätigt hätten. Aber das erschien dem Staatsanwalt „um so schwerwiegender; denn die Angeklagten hätten gutgläubige Personen verführen können" („Neue Zürcher Zeitung", 21. 6. 61). Sie hätten es darauf abgesehen gehabt, „die Seelen der ungarischen Jugend zu vergiften" (dpa, 14. 6. 61).

Eine Einzelheit aus diesem Bericht wirft ein wenig mehr